

Tabak-Arbeiter

Nr. 48 / Bremen, den 28. November 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzelle. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Boraz, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn. Postfach 6340 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Befenbindehof 57, Zimmer Nr. 24.

Das Programm des Wirtschaftsbeirats

Der von der Reichsregierung einberufene Wirtschaftsbeirat hat seine Arbeiten beendet. In der Schlußsitzung am 22. November faßte Reichskanzler Dr. Brüning das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirats an der Hand sorgfältiger Fragestellung getätigten Arbeiten folgendermaßen zusammen:

1. Die Aufgabe

Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung, wie sie in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung vor Zusammenberufung des Wirtschaftsbeirats und der Eröffnungsrede des Herrn Reichspräsidenten zutage getreten sei, an, daß der Sinn der in Aussicht zu nehmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sein müsse, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen und Werte aufeinander.

Der Wirtschaftsbeirat stellte sich hierbei auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen und daß diese Aufgaben durch einen umfassenden Plan in sich geschlossener und voneinander bedingter Maßnahmen zu lösen seien, wobei diese Maßnahmen wegen ihrer Abhängigkeit voneinander, soweit irgend möglich, nicht nur alsbald, sondern auch gleichzeitig getroffen werden müßten. Für den Erfolg dieser Maßnahmen wäre die baldige Beendigung der internationalen Deflation von wesentlicher Bedeutung.

2. Notwendige Voraussetzungen

Der Wirtschaftsbeirat hat auf Wunsch der Reichsregierung Fragen der öffentlichen Staatswirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden im einzelnen nicht erörtert, ist aber mit Reichsregierung und Reichsbank der Auffassung, daß erste Voraussetzung einer Wiedergelung der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der Haushalte im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden ist, da auch eine gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden einer gesunden Staatswirtschaft erwachsen könne. Hierbei herrschte Uebereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen.

Ferner sei es zur Wiedererweckung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen Klärung der Reparationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuregelung über die in Deutschland investierten ausländischen Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde. Der Wirtschaftsbeirat verweist hinsichtlich dieses Punktes auf die bereits abgeschlossenen Arbeiten seines zunächst eingesetzten Unterausschusses in Zusammenarbeit mit der Reichsregierung. Für eine weitere Behandlung dieses Problems, die vermutlich erforderlich werde, stellt sich der Wirtschaftsbeirat durch seinen Unterausschuss dem deutschen Schuldnerkomitee weiterhin bereitwillig zur Verfügung.

Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung des Verhältnisses zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Juli d. J., in dem Monat der Bankkrise, getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind.

3. Preisbildung

Im Rahmen der unter Ziffer 1 umschriebenen Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung des Wirtschaftsbeirats in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne. Unter Voderung der Ein-

dungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen; auch sind die erforderlichen Preisentfaltungen tunlichst nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Wertniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem zu hohen Stande beharren. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

Bei der Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter in weitem Ausmaße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten. Hierbei wäre nach englischem Beispiel die Einsetzung von Ausschüssen erwägenswert, die an Hand der Welt- und Großhandelspreise die angemessenen Kleinhandels- und Vergleichspreise mit anderen Bezirken veröffentlichen. Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung beachtlich, daß durch Ausschläge in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise, insbesondere der Lebensmittel, öffentlich bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei muß der Grundsatze des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabdingbarkeit seine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zurzeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitserklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bedrängten Lage der Wirtschaft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterungen erzielt werden können. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Änderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterschiede, die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien, insbesondere zu berücksichtigen.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft hält der Wirtschaftsbeirat eine Herabsetzung der Mieten zur Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten. Das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sei weiter vorzurufen, dabei jedoch das soziale Mietrecht für Inhaber kleiner und kleinster Wohnungen und für kinderreiche Familien sicherzustellen. Eine sofortige völlige Aufhebung der Hauszinssteuer erscheine nicht möglich, jedoch sei gestaffelter Abbau wünschenswert.

Der Wirtschaftsbeirat weist weiter auf die Maßnahmen zur Bankenorganisation hin, die durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 19. September getroffen worden sind, und auf die Maßnahmen zur Sicherung der Ernte im Osthilfegebiet. Ueberall in Deutschland müsse im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe sichergestellt werden.

Mit diesen sowie den oben nicht erwähnten Punkten Öffentliche Tarife, Kredit und Zins werden wir uns in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ eingehend beschäftigen. Aber schon jetzt sei gesagt, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gegen eine Reihe von Formulierungen des Reichskanzlers die schmerzlichen Bedenken erhoben werden müssen.



Tabakgewerbe



Lettlands Tabakindustrie

(Nachdruck verboten.)

Als nach dem Zerfall des Zarenreiches die sogenannten Randstaaten entstanden, da konnte man der Lebensfähigkeit dieser neuen Gebilde mit Recht sehr zweifelhaft gegenüberstehen. Gewiß, sie waren innerhalb des ehemaligen Rußlands verhältnismäßig weit entwickelt, hatte doch gerade ihre Lage an der Ostseeküste ihren industriellen Aufstieg gefördert. Doch war ihnen nach dem Siege des Bolschewismus das Hinterland, ihr eigentliches Absatzgebiet, abgeschnitten. Es ergab sich nun vielfach das merkwürdige Bild, daß in den Randstaaten trotz an sich schwacher industrieller Entwicklung — im Vergleich mit Deutschland etwa — die industriellen Anlagen viel zu groß waren, um rentabel betrieben zu werden. Derartige Erscheinungen konnte man vor allem in Lettland beobachten, dem unzweifelhaft wichtigsten Staat an der südlichen Ostseeküste, von Finnland, Rußland und Deutschland abgesehen. Lettland ist zwar nur 65 792 Quadratkilometer groß und hat nur 1 895 000 Einwohner, ist aber doch industriell am stärksten entwickelt. Wie alle Randstaaten hat auch Lettland überwiegend landwirtschaftlichen Charakter und auch die meisten Industriezweige sind Nebenzweige der Landwirtschaft. An erster Stelle steht die Holzindustrie mit etwa 12 800 Arbeitern, es folgt dann die Metallindustrie mit rund 9000 Arbeitern, dann die Lebens- und Genussmittelindustrie mit rund 9000 Beschäftigten, die Textilindustrie mit 7700 Leuten und die Papierindustrie mit rund 5000 Arbeitnehmern. Wenn auch heute noch mehr als 60 v. H. der Gesamtbevölkerung ihr Brot in der Landwirtschaft finden und nur 12 v. H. in Industrie und Handwerk, so steht Lettland immer noch besser da als etwa Litauen, wo 79 v. H. aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Beschäftigung haben und nur 6 v. H. in Industrie und Handwerk. Nun darf man die Industrie in Lettland nicht mit unseren Maßstäben messen. Es gibt nur sehr wenige Betriebe, die mehr als 60 Arbeiter beschäftigen. Die meisten sind also nach unseren Begriffen Kleinbetriebe.

Das gilt auch für die Tabakindustrie. Am 1. Januar 1931 gab es in Lettland 14 Tabakfabriken aller Art, in denen insgesamt 900 bis 1000 Arbeitnehmer beschäftigt waren. Von diesen 14 Unternehmen sind sechs als Großbetriebe anzusprechen, die übrigen 8 sind nur unbedeutend. Uebrigens war die Zahl der Betriebe in den Jahren seit Vereinigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Lettland immer gewissen Schwankungen unterworfen. Sie lag immer zwischen 12 bis 16 Tabakunternehmen. Die größten von ihnen werden als Aktiengesellschaften betrieben. Darunter befinden sich Firmennamen, die schon aus der Vorkriegszeit bekannt sind und solche, die nach dem Kriege auch in Deutschland zeitweilig bekannt geworden sind. Es haben zahlreiche Russen in der Nachkriegszeit in Deutschland die Zigarettenfabrikation aufgenommen und dabei die alte russische Firmenbezeichnung beibehalten. Das größte Unternehmen ist die A.-G. A. S. Maikapar, die mit einem Kapital von 2 Millionen Lati arbeitet (100 Lati entsprechen etwa 80 RM.). Mit 800 000 Lati arbeitet die A.-G. Ruthenberg. Bei der A.-G. Mündel & Co. beträgt das Kapital 250 000 Lati, bei der Schereschewsky A.-G. 300 000 Lati, bei der Laferme A.-G. 150 000 und bei der A.-G. Dukat 100 000 Lati. Der Sitz aller dieser Fabriken befindet sich in der Landeshauptstadt Riga. Dort sind noch weitere 6 Fabriken anfällig, nämlich: M. N. Wsimakis, Trud, Chr. Krog, Kometa, Merkur und Bambus. Die einzige Firma des Faches, die nicht in Riga sitzt, ist N. Rohloff in Libau.

Man sieht also, daß die Tabakindustrie in Lettland stark konzentriert ist auf die Städte. Riga hat 337 700 und Libau, als zweitgrößte Stadt, 61 000 Einwohner. Diese Erscheinung steht im Gegensatz zu unseren Verhältnissen, wo vor allem die Zigarettenindustrie meist auf dem Lande ansässig ist. In Deutschland ist die Zigarettenindustrie, vor allem in Süddeutschland standortbedingt wegen des dort noch immer bedeutenden Tabakbaues. In Lettland fällt diese Bedingtheit weg, weil der Tabakbau wirtschaftlich kaum ins Gewicht fällt. Was an Tabak im Lande gebaut wird, dient meist der Befriedigung des Eigenbedarfes der ländlichen Bevölkerung und wird nur in geringen Mengen in-

dustriell verarbeitet. Im Jahre 1928 nahmen die lettländischen Fabriken 60 879 Kilogramm Inlandstabak auf, 1929 40 271 und 1930 nur noch 31 750 Kilogramm. Es ist hier also ein Rückgang zu beobachten. Das hat natürlich auch Qualitätsgründe. Die klimatischen und geologischen Verhältnisse in Lettland sind dem Tabakbau noch weniger günstig als bei uns in Deutschland, wo sie schon schlecht genug sind. Innerhalb der Gesamtmenge des verarbeiteten Rohmaterials spielt der Inlandstabak in Lettland nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die nachfolgende Tafel zeigt die verarbeiteten Mengen auf:

1922	243 854 kg	1925	523 266 kg	1928	651 200 kg
1923	512 130 kg	1926	538 148 kg	1929	757 551 kg
1924	659 174 kg	1927	550 542 kg	1930	606 046 kg

Aus diesem Rohmaterial wurden folgende Mengen an Fertigerzeugnissen hergestellt:

Jahr	Pappros in Mill. Stück	Zigaretten u. Zigarillos in 1000 Stück	Zigarren in 1000 Stück
1922	719	398	1502
1923	896	516	2158
1924	994	1300	2591
1925	1017	972	2359
1926	1110	1224	2235
1927	1064	804	2458
1928	1104	824	2936
1929	1180	561	3259
1930	1212	599	3301

Wie überall, so ist auch in Lettland der Tabak ein willkommenes Steuerobjekt. Die Tabakbesteuerung ist im Laufe der letzten Jahre erhöht worden und weist daher auch steigende Erträge auf. In Gültigkeit ist in Lettland eine Banderolsteuer, deren Ertrag sich auf etwa 12 Millionen Lati jährlich stellt. Die genauen Zahlen lauten:

1922	5,4 Mill.	1925	9,5 Mill.	1928	12,0 Mill.
1923	7,2 "	1926	10,8 "	1929	12,7 "
1924	8,3 "	1927	11,2 "	1930	12,6 "

Eine weitere steuerliche Sonderbelastung erfährt der Tabak nicht; auch das Rohmaterial ist keinem Schutz Zoll unterworfen. Dagegen unterliegen Fertigerzeugnisse einem ziemlich hohen Zoll. Die Rohtabakeinfuhr erfolgt zum größten Teil aus Deutschland, das natürlich in der Mehrheit der Fälle nur Durchgangsstation ist, doch haben z. B. Dresdener Rohtabakhändler die Belieferung Lettlands mit Orienttabaken in Händen. Im Jahre 1929 führte Lettland an Rohtabak 1398 Tonnen im Werte von 4 227 184 Lati ein, davon allein aus Deutschland 427 Tonnen im Werte von 1 428 497 Lati. Die nächstwichtigsten Lieferanten sind Dänemark, Sowjetrußland, Holland ufm.

Die Einfuhr von Fertigerzeugnissen ist gering. Sie belief sich im Jahre 1929 für Pappros und Zigaretten auf 14 219 Lati und für Zigarren und Zigarillos auf 13 226 Lati. Bemerkenswert ist der Rückgang der Zigarren- und Zigarillo-Einfuhr. 1925 wurden noch 2,9 Tonnen im Werte von 32 000 Lati importiert, 1926 nur 0,7 Tonnen für 20 000 Lati und 1929 nur mehr 0,3 Tonnen im Werte von 13 000 Lati. Zum guten Teile hängt das mit der Steigerung der heimischen Erzeugung zusammen, zum anderen mit der Steigerung des Zigarettenkonsums.

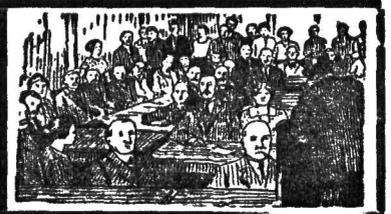
Dr. Erwin Beßler (Dresden).

Zahlungsschwierigkeiten der Krenter Werke

Mit Passiven von etwa zehn Millionen Mark, denen anscheinend nicht sehr hohe Aktiven entgegenstehen, sind die S. Krenter Zigarrenwerke G. m. b. H. in Dresden, die in Döbeln bekanntlich mit amerikanischen Maschinen arbeiten, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Firma strebt einen Zahlungsausschub an, dem die Großgläubiger bereits zugestimmt haben sollen, während die kleinen Gläubiger noch Schwierigkeiten machen. In dem Unternehmen arbeiten außer deutschem etwa vier Millionen Mark amerikanisches und holländisches Geld.



Verbandsleben



Gau- und Zahlstellenberichte

Gauleitung Schlesien

Für Schlesien fand am 22. November im Breslauer Gewerkschaftshaus eine von fast allen Zahlstellen besuchte Gauleitung statt. Als Vorsitzende fungierten Kollege Langner und Kollege Nowak (Breslau). Aus dem Bericht des Gauleiters Kollegen Langner über seine Tätigkeit war folgendes zu entnehmen: Die Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit infolge der Tabaksteuererhöhung im Dezember 1930 nur vorübergehender Natur sei, habe sich leider nicht erfüllt. Es seien z. B. in Schlesien noch etwa 1000 Mitglieder völlig arbeitslos und rund 800 Mitglieder arbeiteten kurz. Von den Kurzarbeitern verdienen 75 Prozent kaum soviel, als sie bei völliger Arbeitslosigkeit Unterstützung bekämen. Diese bedauerlichen Verhältnisse hätten eine erhöhte Tätigkeit der Gauleitung mit sich gebracht. Durch Klagen beim Spruchauschuß, Arbeitsgericht usw. konnte die nette Summe von 5708,78 Mark erstritten werden. Die Tätigkeit der Gauleitung werde weiter ersichtlich aus rund 140 Verhandlungen, Sitzungen, Versammlungen usw. Zum Schluß ermahnte Kollege Langner die Delegierten, in ihren Zahlstellen noch mehr Aufklärungsarbeit zu leisten, denn manches Mitglied erleide finanziellen Schaden, weil die gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen nicht beachtet würden. Da Kritik nicht geübt wurde, konnte Kollege Nowak feststellen, daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Kollegen Langner zufrieden seien. Anschließend hielt Kollege Tiedermann ein groß angelegtes Referat über die Wirtschaftskrise, um dabei auch auf die Verhältnisse im Tabakgewerbe einzugehen. Der Referent habe einleitend hervor, daß Krisen Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems seien. Dieses System kenne keine Bedarfswirtschaft, sondern sei auf Gewinn für die Unternehmer eingestellt. Hinzu komme, daß wir noch immer an den Folgen von Krieg und Inflation zu leiden hätten. Die Rationalisierung habe das übrige getan, seien doch nach maßgeblichen Statistiken hierdurch rund 2 Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen worden. Ganz besonders aber habe die Unfähigkeit mancher Wirtschaftsführer aus Unternehmenskreisen die Krise verschärft. Es trache überall und jene Kreise versuchten nun, die Schuld daran den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben. Die Unternehmer seien allen Erwägungen vernünftiger Art, die Krise überwinden zu helfen, unzugänglich. Ihr einziges Rezept sei der Lohnabbau und dabei wollten die Zigarrenfabrikanten natürlich auch nicht fehlen. Manche von ihnen muten den Arbeiterinnen und Arbeitern zu, auf einen Teil des Tariflohnes zu verzichten. Solche Annahmen müßten scharf zurückgewiesen werden. Im Zusammenhang damit forderte Kollege Tiedermann die Delegierten auf, alles zu tun, um den Verband zu stärken zum Schutze gegen jetzige und spätere Lohnabbauversuche der Fabrikanten. Kollege Langner gab dann Aufklärung darüber, in welchen Fällen Verbandsunterstützungen gezahlt und nicht gezahlt werden dürften. Durch Unachtsamkeit von Bevollmächtigten sei es einigen Betrügern gelungen, erhebliche Beträge zu erschwindeln. Nach kraftvollen Schlußansprachen konnte die gut verlaufene Konferenz zu Ende geführt werden. An der Aussprache zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung beteiligten sich u. a. die Kollegen Nowak und Anst (Breslau), Trautmann (Görlitz), Figner (Liegnitz), Kaschil (Trebniß) und Baumhardt (Oppeln). Aus allen Reden klang die Notlage der Tabakarbeiter hervor. Ganz besonders erbittert äußerten sich die Redner über den Entzug der Sonderunterstützung durch die Reichsregierung. Es wurde eine Entschickung angenommen, von deren Wiedergabe nur deshalb abgesehen wird, weil dem Inhalt nach gleiche an dieser Stelle schon erschienen sind.

Bezirkskonferenz Südhannover-Braunschweig

Am 14. November fand in Hildesheim eine gut verlaufene Bezirkskonferenz statt, auf der 10 Orte durch 13 Delegierte vertreten waren. Nach einer Ehrung unseres verstorbenen Gauleiters Gottlieb Ostertag wurden die Kollegen Rönneke (Hamburg) und Kaldauke (Hannover) zu Vorsitzenden und Kollege Recker (Hildesheim) zum Schriftführer gewählt. Kollege Kiel vom Verbandsvorstand in Bremen referierte über die Lage in der Tabakindustrie. Redner machte zunächst Ausführungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland, wobei er auch die Zusammenhänge, die zu der gegenwärtigen Krise nicht nur allein in Deutschland, sondern in der ganzen Welt geführt haben, näher erläuterte. Die im Jahre 1930 von den Unternehmern eingeleitete Lohnabbauaktion hat die Kaufkraft der Arbeiterschaft gewaltig geschwächt und dazu geführt, daß die Arbeitslosigkeit im letzten Jahre einen nie geahnten Umfang angenommen hat. Die Gewerkschaften fordern Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen, während die Unternehmer eine starke Drosselung auf allen Gebieten der Sozialversicherung durchzuführen wollen. Nach ihrer Ansicht sei die Industrie infolge der zu hohen Beitragsleistung für die verschiedenen Gebiete der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, zu stark belastet, und dadurch sei die Wirtschaftskrise hervorgerufen; dem kann aber entgegengehalten werden, daß in Amerika, wo man eine soziale Gesetzgebung nicht kennt, die Arbeitslosigkeit fast den gleichen

Umfang angenommen hat wie in Deutschland, indem die Zahl der Arbeitslosen dort über 7 Millionen beträgt. Es müsse anerkannt werden, daß durch jahrzehntelange harte und unermüdete Arbeit der Gewerkschaften die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland führend ist. Die Ausgaben für den Sozialaufwand im Jahre 1931 betragen schätzungsweise etwa 11 Milliarden Mark bei einem Volkseinkommen von etwa 65 Milliarden Mark. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, allen Angriffen der Arbeitgeber, sei es auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik oder in sozialpolitischer Hinsicht, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Auch die Tabakarbeiter, insbesondere die in der Zigarrenherstellung beschäftigten, haben alle Ursache, die Lohnabbaumaßnahmen, welche sich in den letzten Wochen und Monaten ergeben haben, scharf zu beobachten und die erforderlichen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Wo der nötige Widerstand geleistet wird, dringen die Zigarrenfabrikanten mit ihren Maßnahmen nicht durch. Unter keinen Umständen dürfen wir an den Tarifverträgen rütteln lassen. Redner schilderte dann noch die Konzentration in der Tabakindustrie, wobei er hervorhob, daß auch in der Zigarrenindustrie die Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb schneller vorwärts gehe, als im allgemeinen angenommen wird. Auch die Einführung von Maschinen habe in der Zigarrenindustrie einen Umfang angenommen, dessen Auswirkungen bereits zu spüren sind. Das Referat klang aus in dem Sinne, daß es sich alle Teilnehmer der Konferenz zur Aufgabe machen sollen, jeden Versuch eines direkten oder indirekten Lohnabbaues im Keime zu erlöten und renitente Zigarrenfabrikanten mit aller Deutlichkeit auf das Ungeheuliche ihrer Handlungen aufmerksam machen und in ihre Schranken zurückzuverweisen. Der Verband wird in all den Fällen, wo den Zigarrenfabrikanten Tarifbruch nachgewiesen werden kann, hinter der organisierten Tabakarbeiterschaft stehen und sie schützen. In der Aussprache, an welcher sich fast alle Delegierten beteiligten, kam der einmütige Wille der Konferenz zum Ausdruck, jeden Versuch eines Lohnabbaues den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Gauleiter Kollege Rönneke behandelte dann noch eingehend organisatorische und agitatorische Fragen, wobei er auch die umfangreiche Tätigkeit des Verbandes hervorhob, welche geleistet werden mußte, um die Sonderunterstützung für Tabakarbeiter überall zur Anerkennung zu bringen. Auch die Ausführungen des Kollegen Rönneke lösten eine lebhaft Diskussions aus, so daß mit vollem Recht gesagt werden kann, die Bezirkskonferenz hat ihren Zweck voll und ganz erfüllt.

Bezirkskonferenzen Westfalen

Am 15. November fand für die Zahlstellen des Landkreises Herford und der Zahlstellen Bielefeld, Derlinghausen, Werther, Münster, Dsnabrück, Rheda, Warendorf, Neuentkirchen, Hameln, Kinteln und Hest.-Oldendorf eine Bezirkskonferenz im Gewerkschaftshause in Bünde statt. Der Kollege Ferdinand Husung (Bremen) sprach über das Thema „Gegenwart und Zukunft in der Zigarrenindustrie“. In seinem Referat schilderte er eingangs die Hauptursachen unserer heutigen Wirtschaftskrise und widerlegte die Auffassung, die insbesondere durch die Unternehmer und die politisch rechtsstehenden Kreise verbreitet wird, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise die Soziallaster, der Marxismus und die Gewerkschaften durch ihr starres Festhalten an den Tariflöhnen seien. Eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise sei die Umrichtung, die in der gesamten Weltwirtschaft stattgefunden habe. Die alten Bezugsländer der europäischen Industrieprodukte sind zu selbständigen Erzeugern und zu Konkurrenten unserer Wirtschaft geworden. Die Rationalisierung und die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft sind eine weitere Ursache. In der Zigaretten- und Rauchtobakbranche sind fortwährend durch die Rationalisierung Arbeitskräfte freigekehrt worden. Auch in der Zigarrenbranche zeigen sich immer mehr Fortschritte auf dem Gebiete der maschinellen Herstellung von Zigarren und Zigarillos. Die große Arbeitslosigkeit in der Zigarrenbranche werde von den Zigarrenfabrikanten zum Lohnruhr und zur Durchbrechung des Tarifvertrages ausgenutzt. Der Redner brachte dann, durch sorgfältige Errechnungen festgestellte Zahlen, den Beweis, daß sich eine Lohnsenkung in der Zigarrenherstellung gar nicht zur Verbilligung der Zigarre auswirken könne. Wenn immer wieder von den Zigarrenfabrikanten versucht wird, durch Versprechungen für dauernde Beschäftigung den Arbeitern eine Lohnkürzung vorteilhaft erscheinen zu lassen, so bewies Kollege Husung an Beispielen, daß diese Versprechungen von den Fabrikanten nicht gehalten werden, und daß durch Lohnsenkung keine Arbeitsbeschaffung möglich sei. Es sei daher die Aufgabe der Kollegen, an den bestehenden Tariflöhnen festzuhalten und den Zigarrenfabrikanten, die versuchen, die Löhne abzubauen, erheblichen Widerstand, der auch mit allen Mitteln durch die Verbandsleitung unterstützt werde, entgegenzusetzen. In dieser schweren Zeit sei für die Zigarrenarbeiter erst recht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erwiesen und es heiße jetzt mit erhöhter Aktivität für die Organisation tätig zu sein. Nach einer kurzen inhaltsreichen Diskussion sprach Kollege Husung das Schlußwort. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die anwesenden 127 Delegierten begeistert einstimmten, schloß Kollege Borcharb (Herford) die Bezirkskonferenz

Am gleichen Tage sprach Koll. Husung dann noch in einer Bezirkskonferenz für die Zahlstellen der Landkreise Minden und Lübbecke, in der Tonhalle in Minden. Auch in dieser Konferenz, die von 96 Delegierten besucht war, fand das Referat des Kollegen Husung begeisterte Aufnahme. Kollege Borchard (Herford), der auch hier die Konferenz leitete, konnte am Schluß feststellen, daß die Kollegen aus dem Kreise Lübbecke und Minden auf der Wacht sein werden, um die von den Zigarettenfabrikanten schon oft versuchten Bestrebungen, den Tariflohn zu durchbrechen, mit allen Mitteln zu verhindern.

Baden-Baden. Am 13. November fand im Gasthaus „Zum Anker“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der zweite Bevollmächtigte Kollege Wagner berichtete zunächst über die Lage in der Zigarettenindustrie im allgemeinen und ging dann auf die örtlichen Verhältnisse ein. Dabei kam zum Ausdruck, daß durch die dauernde Rationalisierung und Aufstellung neuer Maschinen (Packmaschinen), sowie durch den Konsumrückgang, der hauptsächlich in den besseren Preislagen zu verzeichnen wäre, die Arbeitsmöglichkeit immer schlechter werde. Bedauerlicherweise sei die Möglichkeit nur sehr gering, alle, die einmal aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen wieder in Arbeit bringen zu können. Anschließend hielt Gauleiter Kollege Schomburg ein Referat, in welchem er es vorzüglich verstand, die Mitglieder mit all den Fragen vertraut zu machen, die geeignet sind, die Organisation auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten schlagkräftig zu erhalten, um allen Widerwärtigkeiten begegnen zu können. Reicher Beifall zeigte das reifliche Einverständnis der Versammelten mit dem Referenten. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden dann noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt. Kollege Wagner konnte die Versammlung mit der Überzeugung schließen, daß alle Mitglieder bereit seien, am weiteren Auf- und Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten.

Bremen. In einer am 14. November im Volkshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung widmete der Vorsitzende, Kollege Wiemeke, zunächst dem verstorbenen Gauleiter Gottlieb Osterag einen warm empfundenen Nachruf. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Sodann referierte Genosse Theil von der Konsumgenossenschaft Vorwärts, die in diesen Tagen auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken konnte, über die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise. Nachdem der Referent eine übersichtliche Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Genossenschaftswesens in Bremen gegeben hatte, konnte er mit Genugtuung darauf hinweisen, daß die Genossenschaften, trotzdem die Wirtschaftskrise auch an ihnen nicht spurlos vorübergegangen sei, sich doch widerstandsfähiger erwiesen hätten als die kapitalistischen Unternehmungen. In aufschlußreicher Weise gab Redner dann ein Bild von den zoll- und steuerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung, die ebenso wie das Kartellwesen einer Senkung der Preise hindernd im Wege ständen. Dabei wurde auch die Preispolitik der Markenartikelfabrikanten kritisch gewürdigt. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Genosse Theil die Versammelten auf, sämtliche Waren aus der Konsumgenossenschaft zu beziehen, die im Gegensatz zu den kapitalistischen Unternehmungen auf organisierte Bedarfswirtschaft eingestellt sei. Kollege Träbing berichtete sodann über die Lage der Bremer Rauchtobakindustrie, welche infolge des planlosen Drauflosarbeitens der Fabrikanten als sehr schlecht bezeichnet werden müsse. Wenn vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband keine energischen Gegenmaßnahmen unternommen worden wären, hätte sich die Krise für die Rauchtobakarbeiter noch weit schlimmer ausgewirkt. Die aufschlußreichen Ausführungen des Kollegen Träbing lösten eine lebhafte Diskussion aus, in der immer wieder betont wurde, daß die Rauchtobakarbeiter im Deutschen Tabakarbeiter-Verband zusammenstehen müsse, um ihre Rechte nach jeder Richtung hin wahren zu können. Nachdem die Kollegin Bruns und die Kollegen Harjes und Hörmann als Delegierte zur Bezirkskonferenz in Bremen gewählt worden waren, machte Kollege Träbing noch einige geschäftliche Mitteilungen, worauf Kollege Wiemeke die Mitglieder aufforderte, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband die Treue zu halten und nichts unversucht zu lassen, um ihm neue Mitglieder zuzuführen.

Münster. Am 8. November fand hier eine Bezirksversammlung für die Rahlgrundorte statt, in welcher Kollege Husung vom Verbandsvorstand über die wirtschaftlichen Tagesfragen referierte. Ausgehend von der Entwicklung im Rahmen des weltwirtschaftlichen Geschehens seit dem Jahre 1913, gelang es dem Referenten, gestützt auf statistische Erhebungen, den zurückgelegten Weg als auch die erfolgten Umschichtungen aufzuzeichnen. Dabei war es ihm möglich, den derzeitigen Stand der Dinge, in Verbindung mit den jeweiligen Entstehungsursachen, allgemeinverständlich zu machen. So dürfte es durch diese Betrachtungsweise auch den hier Anwesenden verständlich geworden sein, daß die Behauptung der Unternehmer, wonach durch die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterschaft die Krise heraufbeschworen wurde, an ihrer inneren Unwahrscheinlichkeit zusammenbricht. In ebenso klaren Ausführungen gelang es dem Kollegen Husung, die lohnpolitische Seite zu beleuchten. Was von gewerkschaftlicher Seite schon lange als wirtschaftlicher Rückschritt und volkswirtschaftlich schädigend bezeichnet wird, sehe man noch heute, und zwar in vollster Blüte, als das Stedenpferd der Unternehmer. Daß auch die Zigarettenfabrikanten auf dem Gebiete des Lohnabbaues nicht zu den Reiven gehören, ließ Redner durch die Schilderung des Verlaufes der im Frühjahr stattgefundenen Lohnverhandlungen nochmals in der Erinnerung aufleben. Was wir in der Zwischenzeit und noch in den jüngsten Tagen erlebt haben, ist der immer wiederkehrende Versuch, über den Weg des falken Lohnabbaues zu dem damals nicht erreichten Ziele zu gelangen. Besonders das gern genährte Argument der Fabrikanten, daß durch Lohnabbau eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit erreicht werden könne, konnte in seinem ganzen Um-

fang widerlegt werden, sprechen doch die tatsächlichen Verhältnisse eine andere Sprache. Ebenso notwendig war es, die andere Seite der vielen Versuche, wobei die Fabrikanten ihre Hoffnung auf die wirtschaftliche Ungunst setzen, in seiner nackten Form dem Urteil der Tabakarbeiterschaft preiszugeben. In Zusammenfassung all dieser Einzelheiten ergibt sich für die Tabakarbeiterschaft die gebietende Notwendigkeit, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß mehr als je zur Gegenwartsfrage zu machen. Neben der Abwehr in den einzelnen Vorgesetzten, die zurzeit in der Hauptsache in den einzelnen Betrieben ausgetragen werden, ist es Aufgabe aller, sich auf den Angriff vorzubereiten, der bei den im Frühjahr in Erwartung stehenden Lohn- und Tarifverhandlungen zu erfolgen droht. Hoffen wir, daß dieser Appell an die Tabakarbeiterschaft auch im Rahlgrund seinen Widerhall auslöst und dadurch die Voraussetzungen schafft, daß in den kommenden Wintermonaten klare Sicht für das Kommende geschaffen werden kann.

Bekanntmachungen

Am 28. November ist der 48. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 13. Nov. Bremen 300.—
- 14. Hohenheim 500.—
- 16. Danzig 100.—
- 17. Breslau 600.—, Ohlau 100.—, Schöneck 600.—, Nordhausen 1000.—, Wintersdorf 500.—
- 18. Heidenheim 200.—

Bremen, den 24. November 1931.

J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts wurden:

- Die Banderoliererin Gertrug Kau in Berlin, geboren 6. 9. 00, eingetreten 19. 8. 25. Buch A 54328.
- Der Zigarrenfortierer Wilhelm Rüstmann in Bremen, geboren 5. 9. 83, eingetreten 22. 12. 18. Buch A 26529.

Gestorben sind:

- Am 18. Oktober die Zigarrenarbeiterin Olga Jilgen, 53 Jahre alt (Zahlstelle Frankenburg).
- Am 20. Oktober der Ristenbefleber Friedrich Molbt, 57 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 23. Oktober der Zigarrenarbeiter Georg Mühlhause (Altona), 83 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 24. Oktober die Zigarrenarbeiterin Martha Simson, 57 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).
- Am 26. Oktober der Zigarrenarbeiter Louis Otto, 46 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 31. Oktober der Zigarrenarbeiter Ernst Haase, 68 Jahre alt (Zahlstelle Breinig).
- Am 3. November der Zigarrenarbeiter Gottlieb Osterag (Altona), 59 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 4. November der Zigarrenarbeiter August Walter, 54 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 7. November die Kollegin Ottilie Steffens, 53 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
- Am 13. November der Zigarrenarbeiter Wilhelm Riege, 56 Jahre alt (Zahlstelle Enger).
- Am 17. November die Zigarettenpaderin Wallig König, 22 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 17. November die Rauchtobakarbeiterin Berta Krüger, 39 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 20. November die Kollegin Marie Heger, 45 Jahre alt (Zahlstelle Kirrlach).

Ehre ihrem Andenken!

Gummiwaren Hygien. Frauenartikel
Billige Preise
Prospekt 1 gratis.
L. Schnurbus, Berlin C 2
Postfach 120

Gebt ausgelesene
„**Tabak-Arbeiter**“
an unorganisierte Kollegen
und Kolleginnen weiter!

Gummiwaren Hygien Artikel. Preis.
T 2 gratis „Medicus“ Berlin SW 68, AlieJacobsstraße 8



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo grau, geschl. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiße 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruoffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. - Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die Moral des Pseudokapitalismus

Ohne Zweifel befindet sich die kapitalistische Wirtschaft namentlich in Deutschland in einer gewissen Verwilderung. Treu und Glauben, ehemals die Postulate einer erfolgreichen Epoche, stehen heute nicht mehr hoch im Kurs. Im Gegenteil wird derjenige hoch geachtet, welcher auf Umwegen zum Ziele kommt. Man kann wirklich daran zweifeln, daß diese Unmoral im kapitalistischen Geschäftsleben jemals wieder ganz verschwinden wird. Selbst die Argumente des Kampfes im Wirtschaftsleben atmen eine gewisse Unehrllichkeit. Man betrachte den Kampf gegen die Tarifverträge sowie gegen die Lebenslage der Arbeiter überhaupt. Mit einer Leidenschaftlichkeit wird gegen Langbestehendes angeknüpft, die man wo anders vergeblich sucht. Die tariflichen Bindungen werden als Ausfluß alles Übels hingestellt. Man sollte meinen, die ganze Krise in ihrer Ausdehnung und Entfaltung würde sofort behoben sein, wenn die Tarifverträge beseitigt würden. Der Kampf gegen die tariflichen Bindungen ist bereits zu einer Massenpsychose ausgewachsen. Jeder Spießbürger glaubt bereits, daß hier die Wurzel alles Übels verborgen liege. Dies kommt daher, weil seit Monaten und Jahren in der kapitalistisch verseuchten Presse ein Trommelfeuer auf die Tarifverträge geführt wird. Die unehrliche Seite des Kampfes im Wirtschaftsleben findet in der Politik ihre Fortsetzung und Ergänzung. Was in den politischen Auseinandersetzungen heute behauptet und beschworen wird, ist mit der Logik wenig zu vereinbaren, sondern ist im Gegenteil als ein großangelegter Schwindel zu bezeichnen. Aber die Gleichartigkeit eines verlogenen Kampfes im wirtschaftlichen und politischen Leben zeigt, daß das ganze Leben in Deutschland verseucht ist.

Die Tarifverträge sind ein Massenschutz des schwächeren Teils der Bevölkerung. Sie sichern jedem in Arbeit stehenden wenigstens ein gewisses Existenzminimum. Seit Jahrzehnten haben die Gewerkschaften für den Abschluß von Tarifverträgen gekämpft. Vor dem Kriege war es erst in verhältnismäßig wenigen Industriezweigen gelungen, tarifliche Bestimmungen als geltendes Gesetz in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital zur Durchführung zu bringen. Anfang 1930 waren es 12 Millionen Arbeiter und Angestellte, die von Tarifverträgen erfaßt wurden. Jeder Arbeiter und Angestellte wird den Segen der Tarifverträge schätzen gelernt haben. Er hat sie namentlich dann schätzen gelernt, wenn die Konjunktur schlechter wurde und dadurch die Macht der Unternehmer wuchs. Der hartnäckige Kampf gegen die Tarifverträge läßt deutlich durchblicken, daß die Unternehmer und ihre Freunde diese furchtbare Wirtschaftskrise als eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zum Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Errungenschaften betrachten. Verfolgt man den Kampf gegen die tariflichen Bindungen, so sollte man der Meinung sein, daß die deutschen Unternehmer reine Idealisten und Manchesterleute vom alten Schlage seien. In Wirklichkeit sind sie längst von dieser Entwicklungsstufe abgerückt und

Kollektivmenschen reiner Prägung geworden. Der bekannte Professor Bonn schrieb kürzlich einmal im „Berliner Tageblatt“ über die große kapitalistische Offensive der Gegenwart u. a. folgendes:

Sie geht einmal von den industriellen Unternehmern aus, die in Staatseingriffen sozialistisch beeinflusster Regierungen revolutionäre Neuerungen erblicken und sich über Erwerbslosenfürsorge empören, während sie in der Erfolgslosenfürsorge, die sie für ihre notleidenden Unternehmungen erstreben, augenscheinlich eine Sicherung des Kapitalismus sehen. Sie wenden sich gegen Gewerkschaften und Tariflöhne und möchten gern das System des freien Wettbewerbs auf dem Gebiete der Arbeitsmärkte wieder einführen, nachdem sie es auf dem Warenmarkt durch Zölle und Kartelle längst beseitigt haben. Naturgemäß gehen sie gerade in Krisenzeiten besonders energisch vor. In solchen ist einmal der Lohnabbau von besonders weittragender Bedeutung; zum anderen aber ist die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen in Zeiten der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach.

Professor Bonn ist aus der Schule Brentanos hervorgegangen und vermag, wie dieses Zitat zeigt, Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens richtig zu beurteilen. Es ist also ein unehrlicher Kampf, der von den Unternehmern geführt wird. Wenn eine Unternehmerschaft wie die deutsche unter Zuhilfenahme der Staatsmacht derartig kollektiv gebunden ist, so mutet das demagogisch an, wenn die gleichen Leute gegen Tarifverträge, Schiedsgericht und Verbindlichkeitserklärungen ankämpfen.

Auch auf anderen Gebieten ist die Unmoral und die Unehrllichkeit stark eingerissen. Besonders deutlich beobachtet man dies in der Währungsfrage. Weil man schlecht gewirtschaftet hat, wird von breiten Schichten des Unternehmertums auf den Kollektivbankrott hingearbeitet. Viele Unternehmungen müßten, hält die Wirtschaftsnot noch länger an, ihre Tore schließen. Deshalb arbeitet man seit längerer Zeit auf einen Kollektivbankrott der Schuldner hin. Man will durch eine kleine nette Inflation die Schulden abstreifen, um den zahlreichen Einzelbankrotten zu entgehen. Daß dies mit Treu und Glauben nichts zu tun hat, steht wohl außer Frage. Der deutsche Kapitalismus hat sich auf diese geschäftlichen Grundzüge sehr viel eingebildet. Professor Bonn hat auch dieses Bestreben sehr deutlich gekennzeichnet. Er schreibt im „Deutschen Volksmirt“, daß die im Grundkollektivistische Einstellung, die man besser als pseudokapitalistische bezeichnet, deutlich in vielen Vorschlägen zur Währungsverschlechterung zum Ausdruck komme. Die deutschen Unternehmer wollen auf diese Weise nicht nur ihre Schulden loswerden, um nachträglich als makellose Kaufleute dazustehen, sondern sie wollen auch den Lebensstandard des Arbeitenden verschlechtern. So unglaublich es klingen mag, so ist es dennoch richtig, daß Kapitalisten den Kapitalismus in seinem ureigensten Wesen zerstören. Deshalb hat Professor Bonn recht, wenn er im „B. T.“ schreibt: „Die Wirtschaftswende, von der heute so viel geredet wird, besteht daher ihrem innern Wesen nach darin, daß die

Heirats-Swindler Diebe * Hochstapler * Erpresser

III.

Baron von Beltheim

Der Diebling der Frauen — Der vorgetäuschte Selbstmord — Der Heiratschwindler — Sein „Tria“ — Die Plünderung der Passagiere der „Columbia“ — Das Geheimnis des Schranktöfchers — Die „Erfindung“ im Geldschrank — Heiratschwindler — Der falsche Kriminalkommissar

Von Willi Reese

Mr. Abraham Slider, ein sehr kleiner und sehr dicker Herr mit zu kleinen Beinen, listigen Augen und pfiffigem Gesichtsausdruck, saß, umgeben von seinen Angehörigen, im bequemen Schaukelstuhle. Als sich die Zimmertür ohne vorheriges Anklopfen öffnete, fuhr er erstaunt und empört mit dem Kopfe herum. Als er aber die Uniformen erblickte, huschte eine geisterhafte Blässe über sein fleischiges Gesicht, und ehe Beltheim über-

haupt noch den Mund geöffnet hatte, rief der Bankier:

„Bitte, nur einen Moment!“ Und sich gegen seine Gattin und Töchter wendend: „Bitte, wartet im Damensalon, bis ich euch rufe. Ihr braucht gar nicht so erschrocken zu sein. Ich habe mit diesen Gentlemen geschäftlich etwas abzumachen und sie persönlich hergeben!“

Beltheim und seine Kumpanen waren verblüfft.

Als die Damen hinaus waren, begann Beltheim mit sehr amtlicher Miene: „Es tut mir außerordentlich leid, Ihnen mitteilen zu müssen, Mr. Slider, daß ich einen Haftbefehl gegen Sie in der Tasche habe. Alle Ausgänge dieses Hauses sind von meinen Beamten besetzt. Sie werden also hoffentlich das Törichte jeden Widerstandes einsehen.“

Nur flüchtig las der Bankier den falschen, aber täuschend ähnlich nachgemachten Haftbefehl, hustelte und entgegnete:

„S'm, hm. Ich denke natürlich überhaupt nicht daran, Ihnen Schwierigkeiten zu machen, Mr. Kommissar.“

„Ferner,“ fuhr Beltheim, der sich vorhin als Kriminalkommissar vorgestellt und ausgewiesen hatte, fort, „liegt hier noch ein Haussuchungsbefehl gegen Sie vor. Bitte, wollen Sie die Verfügung des Untersuchungsrichters einsehen, Mr. Slider?“ Der tat es flüchtig. Nichts. „Während ich Sie also hier in diesem

Kapitalisten das kapitalistische System in Stücke schlagen und nicht die Arbeiter, die zurzeit nur den einen Wunsch haben, es möchten sich wieder Kapitalisten finden, die ihnen Arbeit geben.“ Dieser Kennzeichnung des Wesens großer Teile der deutschen Unternehmer von einem Freund der kapitalistischen Wirtschaft brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Der Kapitalismus wird niemals in der Form wieder entstehen, die er angenommen hatte, als er seinen Siegeszug über die Welt antrat. In England, Deutschland und anderen Ländern machen sich starke Verfallerscheinungen bemerkbar. Das pseudokapitalistische System vermag niemals als die herrschende Form einer neuen Wirtschaftsordnung zu gelten. Wäre die Arbeiterchaft nicht so zerrissen und würde sie einen einheitlichen Machtkomplex darstellen, dann wäre es jetzt an der Zeit, eine neue und bessere Gesellschaftsordnung zur Herrschaft kommen zu lassen. Jedenfalls hat die große Weltkrise nicht nur wirtschaftlich ihre tiefen Einwirkungen hinterlassen, sie wird auch der Ausgangspunkt einer neuen Zeitperode sein. Es darf als wahr angenommen werden, daß nicht Unmoral und Verlogenheit die Basis bilden kann, auf der eine neue Gesellschaftsordnung sich aufbaut. Sind einmal die Reibelschwaden einer verlogenen Agitation verflüchtigt, und vermögen die Köpfe der Arbeiter sich wieder ein klares und einheitliches Urteil zu bilden, dann wird und muß eine neue Geschichtsperiode beginnen, die bleibenden Bestand hat. Die Unmoral eines Pseudokapitalismus ist das Kennzeichen einer untergehenden Epoche.

„Die Bonzen?“

Ein heute sehr populäres Wort ist Bonze oder Bonzentum. Es ist zwar ein altes Wort, denn schon die Priester des Fu, eines asiatischen Buddha, nannte man so. Auch abergläubische Priester bezeichnete man mit Bonzen. Heute nennt man die Vertreter der Arbeiterchaft, insbesondere die der freien Gewerkschaften und der SPD., auch alle im kommunalen und Staatsdienst stehenden Personen, welche aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind, Bonzen.

Bonze ist ein Wort, welches man vor dem Kriege kaum hörte. Da war die Sache auch ganz anders, weil jeder Beamte, vom Nachwächter bis zum Reichskanzler, konservativ sein mußte. Nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse etwas verschoben. Aus den Reihen der Arbeiter sind eine Anzahl in höhere Positionen gerückt. Daß es unseren Gegnern nicht paßt, sich von ganz gewöhnlichen Plebejern aus ihren privilegierten Stellungen herausgedrängt zu sehen und sie deshalb schimpfen, ist durchaus zu verstehen.

Bedauerlich ist allerdings, daß diese Schimpfereien ein Echo in den Reihen der Arbeiterchaft gefunden haben. Man schimpft mit, weil man es irgendwo gehört hat, ohne zu wissen, daß man dadurch die Interessen der Arbeiter und somit sich selbst schädigt. Die aufgeklärte Arbeiterchaft darf mit ihren Gegnern nicht in ein Horn blasen. Unser Ton muß anders klingen als der unserer Gegner; denn wir haben andere Ziele. Wenn die schimpfen, müßten wir uns freuen, weil es ein Beweis dafür ist, daß unsere Führer auf dem Posten sind. Die Arbeiter müssen aus eigener Anschauung urteilsfähiger werden und nicht heute diesem und morgen jenem Phrasen ihr Ohr leihen. Mehr Festigkeit in der Idee tut not.

Zimmer bewache, werden die beiden Beamten die Durchsuchung Ihrer Effekten vornehmen.

„Um — was die Haussuchung anbetrifft, so muß ich Sie eben, wohl oder übel, über mich ergehen lassen.“

„Natürlich müssen Sie das!“

„Aber ehe Sie hierzu schreiten, Herr Kommissar, hätte ich Ihnen einen kleinen Vorschlag zu unterbreiten.“ Er machte eine Pause und schaute den vermeintlichen Kommissar listig und durchdringend an. „Kann ich mit Ihnen nicht ein paar Worte unter vier Augen sprechen?“

„Snt! Wozu?“ Beltheim war sehr angenehm überrascht. Sein feiner Instinkt mitterte hier sofort das Richtige. „Well, meinetwegen! Hunter, Clint, geht 'nen Augenblick nach draußen.“ Er warf seinen Kumpanen einen zwinkernden Blick zu, der den Bankier hoch erfreute, denn er erkannte daran, daß die Männer sehr offenbar sehr gut verstanden. Und das war für ihn die Hauptsache! Die Konstabler verschwanden

Man war allein.

„Nun, was wünschen Sie, Mr. Slider?“

„Sie scheinen mir ein recht brauchbarer, entschlossener Mensch zu sein, Herr Kommissar!“ schmeichelte der Dicke, und Beltheim, der genau wußte, worauf der hinauswollte, stellte sich sofort

Aus welchen Gründen schimpft man bei uns? Da wurden die Löhne abgebaut, woran nach Meinung vieler die Arbeitervertreter schuld seien. Man bedenkt nicht, daß jeder Lohnkampf ein Machtkampf ist, der seinen Niederschlag findet in der Stärke der Organisation. 100 Prozent organisiert gleich 100 Prozent Sieg. Wo aber sind die 100 Prozent Organisierten? Jedenfalls haben die Arbeitervertreter immer versucht, das größere Uebel abzuwenden.

Friedrich Nietzsche sagt von dem großen Perser Zarathustra: „Er war ein Wahrhaftiger, er besaß nicht die Feigheit des Idealisten, der vor der Realität flüchtet.“ Dieses sind von einem Philosophen gesprochene bedeutende Worte. Idealismus gepaart mit Realismus, immer auf dem Boden der Tatsachen sich bewegend, war und ist auch wohl die Grundlage unserer Führertaktik, an die auch jeder glauben muß. Vielleicht wird mancher dann die Lohnpolitik, Koalitions- und Tolerierungspolitik unserer Führer verstehen. Keine feige Flucht vor der Realität.

Idealismus ist eine schöne Sache. „Der Mensch lebt von seinen Idealen“, sagt Spinoza. Aber mit dem Wort wird auch viel Unfug getrieben, ein viel verkanntes Wort. Viele sind schon abtrünnig geworden, weil sie in ihrem Tatendrang „Gutes zu tun“, durch andere, bessere Kräfte ersetzt wurden. Ihr Idealismus war verschwunden und hat dem Schimpfen Platz gemacht, trotzdem es ihnen gleich sein müßte, wer das Gute tut. Die Hauptsache, es wird getan. Auch die Art Menschen, „die fertig sind und denen nichts recht zu machen ist“, gehören zu den Schimpfern. Andere hadern mit sich selbst und ihrem Geschick, weil ihnen vielleicht von der Natur irgend etwas versagt worden ist.

Es kann und soll Kritik geübt werden, denn sie kann vorwärts treiben, wenn sie sachlich ist und sich nicht von augenblicklichen Gemütsstimmungen leiten läßt. Kritik ist übrigens die Autobiographie des Kritikers selbst, also sein Geistes- und Seelen Spiegel. Deshalb sollte man vorsichtiger sein bei Kritiken, um nicht ein Zerrbild seines eigenen Ichs widerzuspiegeln.

Sollte es nach Meinung vieler auch „Bonzen“ geben, die keine Idealisten wären, was eigentlich kaum denkbar ist, da ohne jeglichen Idealismus der Erfolg ein negativer sein würde, so steht dann doch obenan noch die Pflicht. Wer aber wollte behaupten, daß in der ganzen Arbeiterbewegung, trotz aller Widerwärtigkeiten der Gegner, der Erfolg kein positiver wäre und die Führer nicht ihre Pflicht getan hätten. Wer seine Pflicht tut, ist besser als der überschwängliche Idealist, der weiter nichts tut als schimpft. „Es irrt der Mensch, solange er strebt.“ Den Uebermenschen nach Nietzsche haben wir noch nicht, oder glaubt es jemand zu sein?

Darum fort mit der ewigen Nörgelei, welche nur die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächt, indem sie Wankelmütige abtrünnig macht. Wo das Wissen und Verstehen nicht ausreicht, muß an deren Stelle das Vertrauen treten. Der Ausklang des Frankfurter Gewerkschaftskongresses war: „Ohne Vertrauen zwischen Führern und Masse kein Kampf, ohne Vertrauen zwischen Führern und Masse kein Sieg.“ W. M i e l k e.

Worte von „Arbeiter“-Führern

Gottfried Feder im „Programm der NSDAP.“:

An sich ist es nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.

darauf ein. „A propos, wieviel Beamten haben Sie eigentlich bei sich?“

„Bier.“

„Mit Ihnen also fünf?“

„Ganz recht.“

Mr. Slider stand am Ramin, stockte und fuhr dann, jenen durchdringend ansehend, fort:

„Sagen Sie mal, Herr Kommissar, was würden Sie wohl gesagt haben, wenn Sie mich nicht zu Hause angetroffen hätten?“

„Ich wäre morgen wiedergekommen, Mr. Slider! Natürlich!“

„All right — habe ich mir gedacht! Und nun sagen Sie mir mal klipp und klar: wieviel Geld verlangen Sie, auf daß Sie zu Ihrem Vorgesetzten zurückkehren mit der Meldung, Sie hätten mich nicht angetroffen?“

Beltheim spielte seine Rolle ausgezeichnet. Zuerst brauste er auf, dann, als der Bankier ihn beschwichtigt hatte, kratzte er sich hinterm Ohr, zog die Stirn in krause Falten und murmelte:

„Um, das ist eine verheulene Geschichte, Mr. Slider — eine gefährliche Geschichte für mich!“

„Nur Mut, Herr Kommissar, nur Mut! Ich will Ihnen die Geschichte schon profitabel machen... verlassen Sie sich darauf! Ich

Grenzen der Arbeitslosensiedlung

Die allgemeine Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen von Millionen Arbeitslosen hat in den letzten Monaten ein starkes Anwachsen der Siedlungspropaganda zur Folge gehabt. Namentlich in den Industriezentren Deutschlands, in Rheinland, Westfalen, Berlin und Mitteldeutschland, haben sich oft unter hochtrabenden Namen, wie „Gemeinnütziger deutscher Siedlungsbund“, „Reichskuratorium für Erwerbslosensiedlung“, „Siedlungsring Rheinland-Westfalen“ u. a. Vereine gebildet, deren Zweck angeblich in der Ausfiedlung Erwerbsloser in der östlichen Landwirtschaft bestehen soll. Geschäftstüchtige Propagandisten haben in vielen Fällen einen Stab von teils unwissenden, teils gewissenlosen Mitarbeitern gesammelt, die in den verschiedensten mittleren und Großstädten auf die Erwerbslosen losgelassen werden. Erfahrungsgemäß ist der arbeitslose Mensch in seiner geistigen und wirtschaftlichen Not stets geneigt, nach jedem Strohalm zu greifen. Infolgedessen haben, wenigstens zeitweilig, in den letzten Monaten diese Vereine — und es handelt sich um mehrere hundert allein im preussischen Staatsgebiet — einen sehr starken Zulauf bekommen.

So wird uns von glaubwürdiger Seite versichert, daß allein in der Stadt Essen a. d. Ruhr an einem Tage über 800 Erwerbslose sich bei einem Siedlungsring gegen Zahlung der Eintrittsgebühren und eines Monatsbeitrages angemeldet haben, und diese Eintrittsgebühren sind wahrhaftig nicht gering. So wird im Falle eines derartigen Vereins nachgewiesen, daß für jedes sich meldende Mitglied 30 M. in die Vereinskasse eingezahlt werden müssen. Im Falle eines anderen Siedlungsvereins sind es zwar bloß 5 M., dafür werden jedoch regelmäßig Monatsbeiträge von 90 M. und ferner eine Kaution von 500 M. pro Mitglied verlangt. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß es in dieser schweren Notzeit doppelt unanständig ist, gerade von den Ärmsten der Armen, den Erwerbslosen, derartige Beiträge zu fordern. Sind erst diese Gelder gezahlt, so werden die Vereinsmitglieder erfahrungsgemäß nichts mehr davon zu sehen bekommen. Für viele Manager bedeuten eben jene laufenden Beiträge die Subsistenzmittel, um ihre Vereinspropaganda weiter betreiben und zudem selbst — und wahrscheinlich nicht einmal schlecht — leben zu können.

Leider existiert im Reichsstrafgesetzbuch kaum eine Handhabe, um solchen Hyänen des Schlachtfeldes das Handwerk zu legen. Denn es ist sehr schwer, ihnen Betrugsabsichten nachzuweisen, um so mehr, als sie sich mit dem Mantel der Menschenliebe bedecken und ihren häßlichen Egoismus vor der Öffentlichkeit mit idealen Motiven zu entschuldigen und zu verbrämen suchen. Tausende, vielleicht Zehntausende von Erwerbslosen dürften heute bereits einsehen, daß ihre Leichtgläubigkeit gewissenlos ausgenutzt worden und daß sowohl ihr Geld verloren ist, wie auch die Aussichten auf eine Ausfiedlung durch jene schwindelhaften Vereine gleich Null sind. Die psychologischen Auswirkungen einer derartigen „Siedlerpropaganda“ sind natürlich verheerend. Denn die ohnehin aufs schwerste gedrückten Erwerbslosen verzweifeln nun erst recht an der vernünftigen Ordnung der Dinge und verfallen um so mehr asozialen und anarchischen Tendenzen.

Was ist es nun, was jenen Freibeutern der Erwerbslosensiedlung zur Werbung diene und womit es ihnen gelungen ist, an ganz breite Schichten heranzukommen? Sie gingen aus von der tiefen Sehnsucht, die auch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft nach enger Verbundenheit mit eigener Scholle und eigenem Heim lebendig ist. Auf Hunderten von Prospekten und Flugschriften wurde dem Erwerbslosen das Glück und die Behaglichkeit des eigenen Heims, das durch eine entsprechende gärtnerische oder landwirtschaftliche Siedlung fundiert sei, angepriesen. Und diese zum Teil seit Jahren erwerbslosen Männer und Frauen, die sich enttäuscht von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Industrie, in der sie bisher beschäftigt waren, längst abgewandt hatten, sind um so eher auf jenen Schwindel hineingefallen, als ja auch vor einigen Monaten von einer Reichsstelle aus in geradezu unverantwortlicher Weise die unmögliche Zahl von 200 000 Siedlerstellen genannt worden war, die in diesem Winter noch errichtet werden sollten. Heute weiß jeder Sachverständige ganz genau, daß bei Anspannung aller Kräfte sowohl in der vorstädtischen und Stadtrandfiedlung wie auch in der rein ländlichen Primitivfiedlung zusammengenommen nur ein Bruchteil jener Zahl in absehbarer Zeit untergebracht werden kann.

Es ist ein Verdienst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in den von ihm erfassten großen Kreisen deutscher Arbeitnehmer rechtzeitig vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt zu haben. Die Versuche, die vom preussischen Staat bisher sowohl in Hinsicht der vorstädtischen Kleinfiedlung wie auch durch Aufteilung einzelner, besonders dazu geeigneter Güter im Hinblick auf die Primitivfiedlung angebahnt worden sind, zeigen mit aller Deutlichkeit die großen Schwierigkeiten, denen jede Erwerbslosensiedlung in den nächsten Jahren begegnen wird. Auch der neu eingesezte Reichskommissar für die städtische Kleinfiedlung hat ja immer wieder seit seiner Amtsübernahme in der letzten Zeit betont, daß man sich vor übertriebenen Erwartungen gar nicht genug in acht nehmen könne. Dasselbe gilt erst recht für die Ueberführung städtischer Erwerbsloser in rein ländliche Siedlungen. Es wird sich im letzteren Falle stets nur um einen ganz eng begrenzten Kreis von Menschen handeln können, und zwar nur um solche, bei denen Mann und Frau aus der Landwirtschaft stammen und große Kenntnisse mit großer Liebe zum angestammten Beruf vereinigen, dazu noch die Kraft mitbringen, außerordentliche Strapazen für lange Zeit auf sich zu nehmen und in den ersten Jahren ihrer beginnenden Siedlertätigkeit draußen auf jede auch noch so geringfügige Unannehmlichkeit dieses Daseins zu verzichten.

Das sind fast über die Kräfte des normalen Menschen hinausgehende Anforderungen, die nun einmal von jedem Erwerbslosensiedler mit unerbittlicher Strenge gefordert werden müssen, und jeder städtische Erwerbslose sollte sich diese Härten tatsächlich klar machen, ehe er übereilte Beschlüsse faßt, die später einmal ihn und seine Angehörigen noch tiefer ins Verderben hineinstürzen.

Es steht zu erwarten, daß in allernächster Zeit ein engeres Zusammenwirken zwischen den amtlichen Stellen und den großen Arbeitnehmerorganisationen zustande kommt, um Maß,

verlange ja nur vierundzwanzig Stunden Vorsprung — was kostet der Schwamm?“

Beltheim zögerte, überlegte einen Augenblick, blinzelte den Dicken verständnisinnig mit den Augen an, machte eine Handbewegung und meinte mit vorgerecktem Hals:

„Gut. Eine verteilte Geschichte! Begreife Ihren Wunsch natürlich vollkommen! Was meinen Sie: fünfundzwanzigtausend Dollar für mich und je zehntausend für meine Leute — wäre das zu machen? Ich meine natürlich: könnten Sie das sofort bezahlen? Sagen mir rund siebzigtausend Dollar. Nein! Ich kann das doch nicht machen — geht nicht...!“

„Achtzigtausend!“

„Geht nicht!“

„Fünfundachtzig!“

„Ich habe hier nichts weiter zu tun als meine Pflicht. Gewiß, fünfundachtzigtausend Dollar sind ein schönes Stück Geld, was ich aber bei der Geschichte riskiere, ist auch keine Kleinigkeit! Well! Ich habe Mitleid mit Ihnen. Ich will die Sache machen. Aber nicht unter Hunderttausend — nicht darunter! Entweder Hunderttausend, oder aus der Sache wird nichts, Verehrtester! Ich muß mich mit vier Mann in dem Gelde teilen. Plaudert ein

einzigster aus, bin ich verloren! Also —: entweder-oder! Zögern Sie noch einen Augenblick, dann verlange ich hundertfünfzig!“

„Slider biß in den sauren Apfel. „Sie sollen die hunderttausend haben.“

„Abgemacht!“ Er streckte dem Bankier die Rechte entgegen, in die dieser lachend einschlug. „Jetzt fragt es sich nur noch, ob wir das Geld auch im Moment bekommen können, gleich hier auf der Stelle?“

„Erlauben Sie einen Augenblick.“ Slider dachte einen Augenblick nach und nickte: „All right, geht!“

„Dann sind wir handelseinig!“ erwiderte der famose Kommissar, rief seine Kumpanen zusammen, und die ganze Gesellschaft verfügte sich in Sliders pompös eingerichtetes Arbeitszimmer.

Natürlich steckte alles Geld zunächst Beltheim ein.

An dieser Stelle mag schon erwähnt werden, daß er seine Geflossen betrog, denn keiner erhielt einen Penny!

Weniger Tage später las das erstaunte Newyork, Mr. Lincoln Slider, der allgemein geachtete Bankier, sei unter Hinterlassung eines gewaltigen Defizits mit Rind und Regel geflüchtet. Eine Durchsicht der Bücher ergab, daß der Bankrott aus langer Hand schon seit drei Jahren vorbereitet war. In Südamerika soll

Art und Ziel der Erwerbslosenfriedlungen auf den richtigen Nenner zu bringen. Für heute sei jedoch noch einmal gerade im Interesse der Erwerbslosen und des gesunden Kerns des Siedlungsgedankens eindringlich vor jenen Schwindlern gewarnt, die in schwerster Notzeit aus gewissenloser Profitgier unerfüllbare Hoffnungen erwecken und später bestimmt jede Verantwortung von sich aus ablehnen werden. Wie wir erfahren, geht nunmehr auch erfreulicherweise die Polizei dazu über, allerorts ein wachsameres Auge auf diese mehr als zweifelhaften Erwerbslosenfriedlervereine zu richten. In allen Fällen, wo solche Gruppen neu auftauchen und begründeter Verdacht unkorrekter Geschäftsführung und unzulässiger Propaganda besteht, werden alle die, die es angeht, gut tun, sich mit den nächsten Behörden ins Benehmen zu setzen, um auf diese Weise eine weitere Schädigung der Erwerbslosen und der gesamten Öffentlichkeit rechtzeitig zu unterbinden.

Internationale Ärztinnen-Tagung und Arbeiterinnenschutz

Im September tagte in Wien der 6. Internationale Ärztinnenkongress. Wie nicht anders zu erwarten, hat auf dem Kongress auch die Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes eine wichtige Rolle gespielt. Die Berichterstattung darüber erfolgte nach den Erfahrungen aus drei Ländergruppen getrennt. Dr. Sorrentini (Italien) berichtete über die Erfahrungen aus Frankreich, Italien, Polen und aus der Tschechoslowakei; Dr. Bang (Norwegen) behandelte die Ergebnisse aus den drei skandinavischen Ländern und aus Finnland, und Dr. Adler-Herzmark (Wien) sprach über die Erfahrungen aus Deutschland, England, Oesterreich, Ungarn, Holland, Amerika, Japan, Kanada, Italien und Neuseeland.

Es kam auf der Tagung zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Für und Wider des besonderen Arbeiterinnenschutzes. Das war auch auf dem 1928 stattgefundenen Kongress der Fall, der sich dann durch die folgende Entschliessung gegen einen solchen Schutz ausgesprochen hatte:

Daß nach Ansicht des Internationalen Ärztinnenbundes jede Gesetzgebung, die bestimmte zu hebende Höchstgewichte festlegt, unwissenschaftlich vorgeht. Eine Gesetzgebung, die sich mit dem Heben von Lasten beschäftigt, muß das erlaubte Gewicht von der individuellen Fähigkeit zu heben abhängig machen auf Grund sichergestellter Tests beim Mann wie bei der Frau.

Auch auf dem Wiener Kongress versuchten namentlich die aus den nordischen Ländern stammenden Ärztinnen Stimmung zu machen für die Ablehnung einer Gesetzgebung, die einen Sonderchutz für Frauen vorsieht. Das Beweismaterial aber, das von Frau Dr. Sorrentini und Frau Dr. Adler-Herzmark beigebracht wurde und das vermehrt und unterstrichen wurde durch die beiden deutschen Gewerbehygienikerinnen Dr. Martha Krüger (Dresden) und Gewerbedirektorin Dr. Rosenthal-Deussen (Magdeburg), führte dann doch zu einer Bejahung der Forderung nach einem Schutz der Arbeiterinnen. Die Entschliessung, die am Schluß der Aussprache angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Da der Arbeiterschutz den wirksamsten Fortschritt in der Sozialhygiene vorstellt, wird regelmäßige Untersuchung von Arbeitern und

Arbeiterinnen durch geschulte Gewerbeärzte und Gewerbeärztinnen verlangt.

2. Diese Ärzte und Ärztinnen sollen durch obligatorischen Unterricht in Gewerbehygiene und Berufskrankheiten auf der Universität besonders ausgebildet werden.

3. Verlangt wird eine bessere Kontrolle der Heimarbeit.

4. Da die schlechte Bezahlung der Frau sich in gesundheitschädlicher Weise auswirkt, wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau verlangt.

Gesundheitspflege im Dezember

Der Dezember, in dem kalendermäßig der Winter zwar erst seinen Anfang nimmt, ist gewöhnlich ausgezeichnet durch Frost und Kälte. Leider haben wir Menschen es nicht so gut wie die Tiere, denen Mutter Natur alljährlich zu Weihnachten einen neuen Pelz schenkt! Für zweckentsprechende Kleidung zum Schutz gegen die Winterkälte müssen wir daher selbst sorgen.

Aufgabe unserer Kleidung ist es, uns unsere natürliche Körperwärme möglichst unverändert zu erhalten. Je lufthaltiger ein Kleidungsstück ist, um so wärmesparender wirkt es. Luft ist nämlich ein schlechter Wärmeleiter und die zwischen Körperhaut und den einzelnen Kleidungsstücken liegenden Luftschichten dienen zur Wärmespeicherung. Also trage man im Winter möglichst locker gewebte Wollstoffe und gefütterte Kleidungsstücke.

Von Wichtigkeit ist es auch, daß man für die Winterkleidung dunkle Stoffe, wie sie ja im allgemeinen auch Mode sind, bevorzugt, weil dunkle Farben die Wärmestrahlen der Außenwelt verschlucken, während helle sie wieder zurückwerfen. Ueberwarme Kleidung, die zur Schweißbildung Veranlassung gibt, ist vom Uebel, einmal, weil bei der Schweißabdunstung ein Wärmeverlust eintritt, dann aber auch, weil die feucht gewordenen Kleidungsstücke wärmeableitend wirken. Auch aus diesem Grunde ist daher Sauberkeit und häufiges Wechseln, besonders der Unterwäsche, ein selbstverständliches Gebot vorbeugender Gesundheitspflege.

Man achte weiterhin darauf, im Winter nicht zu fest anliegende Kleider, Hüte usw. zu tragen, weil diese die Hauttätigkeit einschränken und unter Umständen die Blutzirkulation absperren können. Hier liegen häufig die Ursachen für allerlei unangenehme Kälteschäden, vor allem auch für die Entstehung sogenannter Frostbeulen.

Abgesehen hiervon finden sich Frostbeulen besonders an den vom Herzen am weitesten entfernten Körperstellen oder an solchen, die wir meist gar nicht oder nur ungenügend bedecken, also an Händen und Füßen, an den Ohren und an der Nase. Deshalb trage man im Winter weite, warme, wollene Handschuhe, wollene Strümpfe und bei starkem Frost und großer Kälteempfindlichkeit eventuell auch Ohrenschützer. Das Schuhwerk sei bequem und muß den Zehen genügend Spielraum lassen. Auch ein Loch im Strumpf kann leicht zur Blutabspernung und damit zur Bildung von Frostbeulen Anlaß geben.

Sind Frostbeulen einmal entstanden oder gar „aufgebrochen“, so begeben man sich möglichst bald in die Behandlung eines Arztes, dem heutzutage eine Reihe guter Mittel und Methoden zur Verfügung stehen, um Frostschäden zu heilen. Im übrigen aber suche man selbst durch zweckmäßiges Verhalten und zweckmäßige Kleidung vorzubeugen.

Dr. C. R.

Sliders von den Früchten seiner Schwindeleien ein angenehmes Leben führen.

Unmittelbar nach diesem genialen Streiche, der des Zufalls und der drastischen Komik nicht entbehrte, flüchtete Beltheim aus der amerikanischen Metropole nach der Westküste der Staaten. Er hatte Angst, daß die vier Männer, die er so jammervoll betrogen, ihn finden und töten würden.

In Palm Beach, dem fashionablen amerikanischen Modebade, suchte er sich alsbald mal wieder eine Frau. Er fand auch bald eine, die Frau eines reichen Mannes aus St. Louis. Wochenlang war sie seine Geliebte. Sie stand gerade im Begriff, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen, als ihr die Augen aufgingen.

Die unglückliche Frau sagte sich von ihm auf der Stelle los. Sie hatte aber nicht mit der Lücke Beltheims gerechnet. Er drohte ihr, ihrem Manne alles zu verraten und preßte sie wie eine Zitrone aus.

Diese Erpressung hätte der Hochstapler wohl noch lange Zeit fortgesetzt, wenn die Frau ihr nicht vorzeitig ein jähes Ende durch Selbstmord bereitet hätte.

Allmählich wurde Beltheim der amerikanische Boden ebenfalls zu heiß. Er verließ ihn.

Er wollte sein Glück in Transvaal versuchen.

Aber dieses Glück hatte ihn verlassen, schien ihm jetzt ein für allemal den Rücken gekehrt zu haben.

Man war dort vor ihm auf der Hut!

Man erwischte ihn bei einem ganz groß und raffiniert angelegten Erpressungsmanöver und verhaftete ihn.

Nun wartet er auf seine Beurteilung in stoischem Gleichmut...

Karl Ludwig Baron von Beltheim-Kurze, der Mann, der auf die Frauen wirkte, wie er es wollte, der Mann, der mehr als ein Duzend Frauen ins Unglück gestoßen, gehört unzweifelhaft mit zu den größten, berüchtigsten und gewissenlosesten internationalen Hochstaplern. Mit Fug und Recht kann man von diesem Großgauner sagen, er trieb sein Unwesen in allen Teilen der Welt.

Indes: seine Lebenskraft ist jetzt gebrochen. Er ist ein alter Mann geworden. Es steht zu erwarten, daß er den Rest seines Lebens hinter Gefängnismauern in Transvaal verbringen, ... daß ihm die goldene Freiheit für immer versagt bleiben wird...

Und das dürfte für seine Mitmenschen am besten sein!

(Fortsetzung folgt)